



Sitzungsvorlage

TOP 06 – öffentlich – beschließend

Sitzungstag:	28.05.2025		
Gremium:	Gemeinderat		
Fachbereich:	Klimaschutz/Nachhaltigkeit	Sitzungsnummer:	Rat/2025/004
Sachbearbeiter/in:	Thomas Hönscheid	Vorlagennummer:	2025/066

Antrag Bärbel Kraus, Bündnis 90/Die Grünen

„Zukunft der Ostfriesischen Insel Langeoog sichern – Klimaschutz ist unsere gemeinsame Aufgabe“

Sachvortrag:

Frau Bärbel Kraus, Ratsfrau von Bündnis90/Die Grünen im Gemeinderat der Inselgemeinde Langeoog, zieht ihren Antrag vom 4. November 2024 zurück. Der damalige Antrag trägt den Titel „Beschlussfassung über die als Anlage beigefügte Resolution ‚Klimaschutz geht uns alle an – Wir brauchen eine Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz‘.“ Der Sachstand habe sich nach ihrem Antrag verändert, so Ratsfrau Kraus in ihrer Begründung: Im März 2025 habe der Bundestag eine Grundgesetzänderung auf den Weg gebracht, dabei aber versäumt, die Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz in die Neuregelung mit aufzunehmen.

Beschlossen habe der Bundestag allerdings ein Sondervermögen für zusätzliche Investitionen in die deutschlandweite Infrastruktur, darunter zusätzliche Klimaschutz-Investitionen im Umfang von 100 Milliarden Euro, um das Ziel der Klimaneutralität Deutschlands bis 2045 erreichen zu können. Vor dem Hintergrund dieser neuen Sachlage wird der Antrag wie folgt neu formuliert:

Gefordert wird die Einreichung einer **Petition der Inselgemeinde Langeoog an den Deutschen Bundestag**, die den Gesetzgeber dazu aufruft, die Gemeinschaftsaufgabe kommunaler Klimaschutz mittelfristig im Grundgesetz zu verankern sowie **gleichzeitig** im Zuge der geplanten Investitionsvorhaben die besonderen Herausforderungen für die Insel Langeoog zu berücksichtigen und der Inselverwaltung entsprechende finanzielle Mittel aus dem Sondervermögen bereitzustellen.

Die Petition soll gesendet werden an:

Den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages
Sekretariat des Petitionsausschusses
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Außerdem soll die Petition an die Bundestagspräsidentin, Frau Julia Klöckner, als gesetzliche Vertreterin des Deutschen Bundestages adressiert werden. Im Sinne der medialen Aufmerksamkeit wird von Ratsfrau Kraus auch auf die Möglichkeit der persönlichen Übergabe durch den Bürgermeister und die Initiatorin selbst hingewiesen.

Der Rat wird gebeten darüber hinaus darum gebeten, darüber zu beraten, ob die weiteren sechs Ostfriesischen Inseln in die Petition eingebunden werden können, um durch einen gemeinsamen Appell mehr Schlagkraft zu erzielen. Die Petition könnte dann ggf. den Titel tragen: „Zukunft der Insel Langeoog und aller Ostfriesischen Inseln sichern – Klimaschutz ist unsere gemeinsame Aufgabe.“

Der Antrag ist zunächst als neuer Antrag zu werten und muss daher gemäß Geschäftsordnung bearbeitet werden. Nach der Geschäftsordnung ist seitens des Rates zu entscheiden, welchem Ausschuss der Antrag zur Vorbereitung überwiesen werden soll. Für diese Entscheidung wäre grundsätzlich keine VA-Vorbereitung erforderlich, da es sich um eine ratsinterne Entscheidung handelt.

Im Rahmen des Betriebsausschusses am 14.05.2025 haben die anwesenden Ratsmitglieder einmütig erklärt, dass der Antrag direkt über den anstehenden Verwaltungsausschuss in den Rat am 28.05.2025 zur Diskussion gegeben werden soll.

Beschlussempfehlung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt,
der Rat beschließt,

1. dem Antrag zuzustimmen und die in der Anlage beigefügte Petition zu beschließen.
ODER
2. den Antrag zu vertagen und zuerst das Gespräch mit den übrigen Ostfriesischen Inseln bezüglich eines gemeinsamen Vorgehens zu suchen.
ODER
3. den Antrag abzulehnen.

LangeoogLangeoog, den 16.05.2025